

Die schwarze Serie

Karriereknick für Volker Rühle? Nur widerwillig läßt Kohls Verteidigungsminister den Auftritt des Neonazis Manfred Roeder vor der Führungsakademie der Bundeswehr aufklären. Roeder hatte zudem Kontakte zum KGB, angeblich ohne sein Wissen.

Betont lässig räkelte sich Volker Rühle auf einem breiten Ledersofa hinter dem Plenarsaal im Bonner Bundeshaus: „Sie sehen mich hier völlig gelassen“, behauptet der Bundesminister der Verteidigung. Nach einer kleinen Kunstpause fügt er hinzu: „Wenn Sie es nicht sehen, sage ich es Ihnen.“

Es ist nicht zu sehen. Und Grund zur Gelassenheit hat der CDU-Mann schon gar nicht.

Volker Rühle, seit April 1992 Chef des skandalträchtigen Wehressorts, hat vielmehr seine erste dicke Affäre zu bestehen: den unsäglichen Auftritt des Neonazis und Auschwitz-Leugners Manfred Roeder, 68, an der Renommierinstitution der Bundeswehr, der Hamburger Führungsakademie.

Als Rühle sich am vergangenen Donnerstag leger ins Leder lehnte, hatte die SPD-Fraktion gerade beschlossen, gemeinsam mit den Grünen einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Das Umfeld des Roeder-Vortrags in Hamburg soll ausgeleuchtet werden – mitsamt der schier unbegreiflichen Lieferung von Fahrzeugen und Werkzeug aus Bundeswehrbeständen an Roeder und dessen obskures „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk“. Der Verein propagiert die Umsiedlung von Rußlanddeutschen aus Kasachstan ins ehemalige Königsberg.

Das schöne Bild, das Rühle so gern von der Truppe zeichnet, hat eine Menge brau-

ner Flecken bekommen: Die „anständigen Jungs von der Bundeswehr“ (Rühle), die als unermüdete Helfer bei der Oder-Flut oder als Friedenschützer in Bosnien Schlagzeilen machten, werden von jenen Kameraden in den Schatten gestellt, die sich mit Nazi-Symbolen und Reichskriegsflaggen vor die Kameras drängen. Das Ansehen der Bundeswehr hat, so nun auch Rühle, „schweren Schaden“ erlitten.

Die Meldungen über „Besondere Vorkommnisse“ mit fremdenfeindlichem oder rechtsradikalem Hintergrund schnellen auf Rekordniveau – weit über 120 allein in diesem Jahr. Es geht nicht mehr bloß um Rekruten, die besoffen „Sieg Heil“ brüllen oder Wehrmachtlieder grölen. Unter-

offiziere sind unter den Tätern. Offiziere gucken weg – mal aus Affinität zu den Ewiggestrigen, mal, weil ihnen die Zivilcourage zum Einschreiten fehlt.

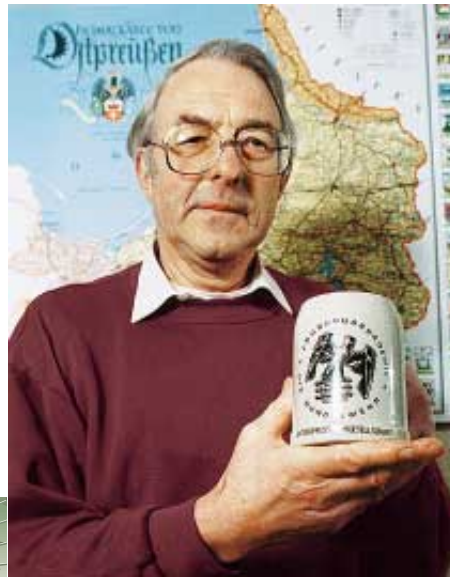
„Einzelfälle“ seien das – so behaupteten Rühle und sein Generalinspekteur Hartmut Bagger noch bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr Anfang November in Berlin: jeder einzelne „verwerflich, aber nicht typisch für die Bundeswehr“ (Bagger).

Tatsächlich hatten sich die „Einzelfälle“ längst zu einer schwarzen Serie verkettet. In Berlin gab Rühle denn auch die Devise aus: „Nirgendwo wird härter gegen Rechts-extremisten vorgegangen als in der Bundeswehr.“ Etliche Offiziere wurden strafversetzt. Eilends verfaßte eine Arbeitsgruppe einen Katalog von Maßnahmen, um Fremdenhaß und rechtsradikalen Umtrieben Einhalt zu gebieten.

Nur weil er „Druck gemacht“ habe, brüestet sich Rühle nun, „kommen jetzt viele Sachen hoch“: mehrere Jahre alte Videos zum Beispiel mit antisemitischen Parolen und brutalen Inszenierungen von Folter und Vergewaltigung aus dem Jägerbataillon 571 im sächsischen Schneeberg.

Selbst das sonst so brave Hardthöhen-Organ „Bundeswehr aktuell“ wagte vorige Woche die Prophezeiung, „daß uns noch einige Überraschungen aus der jüngeren Vergangenheit ins Haus stehen“.

Aber als die Ausgabe des Bundeswehrblatts mit der finsternen Weissagung am vergangenen Montag in den Kasernen eintraf,



M. ZUCHT/DER SPIEGEL

Extremist-Roeder mit Geschenk der Führungsakademie

Truppe auf Abwegen

Rechtsextremisten in der Bundeswehr

September 1992 Angetrunkene Soldaten der 7. Division grölen vor einem Ausländerwohnheim in Doberlug-Kirchhain bei Cottbus rechtsradikale Slogans wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“.

November 1992 Drei Offiziere und ein Offiziersanwärter des Marineflieger-Geschwaders 5 in Kiel werfen eine Übungshandgranate auf das Gelände einer benachbarten Asylunterkunft.

November 1992 Zwei in Wildflecken bei Bad Kissingen stationierte Zeitsoldaten werden als Teilnehmer von Anschlägen auf Asylbewerberheime ermittelt.

März 1993 Die Polizei durchsucht in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt Wohnungen sowie Schlafräume in Bundeswehrkasernen und stellt Beweismaterial für Aktivitäten einer rechtsterroristischen Vereinigung sicher.

April 1993 In der Franz-Josef-Strauß-Kaserne im oberbayerischen Altenstadt halten Fallschirmjäger ein Trinkgelage zur Feier von Hitlers Geburtstag mit Führer-Bildern und Reichskriegsflagge ab.

Mai 1994 Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen sieben Angehörige des Bonner Wachbataillons u. a. wegen Volksverhetzung und ausländerfeindlicher Parolen.

Juni 1994 Ein Unteroffizier wird bei einer Großrazzia in Brandenburg als Chef der rechtsextremen „Wehrsportgruppe Dragon“ verhaftet.

Januar 1995 Der als Terrorist verurteilte Rechtsextremist und ehemalige Rechtsanwalt Manfred Roeder ist Gastreferent einer „Offizierweiterbildung“ in der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr.

Mai 1995 Ein „Freundeskreis Offiziere der Panzertruppe“ zählt zu den Herausgebern eines Pamphlets, in dem der deutsche Überfall auf Polen 1939 als „überzeugende Bewährungsprobe für die Panzerwaffe“ dargestellt wird.

Juni 1996 Soldaten eines Fallschirmjägerbataillons in Wildeshausen terrorisieren in Skinhead-Outfit die Dorfjugend in Harpstedt mit „Sieg Heil“-Rufen und Nazi-Liedern.



Verteidigungsminister Rühe (beim Truppenbesuch in Bosnien): „Jetzt kommen viele Sachen hoch“

VARIO-RP/ESS

war Rühes bisher größtes Debakel schon publik: Der SPIEGEL hatte enthüllt, daß der einst wegen Rädelführerschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ zu 13 Jahren Haft verurteilte und bis heute in Verfassungsschutzberichten als Rechtsterrorist erwähnte Roeder im Januar 1995 einen Vortrag an der Führungsakademie halten durfte – zwecks „Offizierweiterbildung“, auf Einladung des Chefs des Akademiestabes und unmittelbar vor der Haustür des Hanseaten Rühe.

Plötzlich stand Rühe („Ich kann nicht jeden Vortrag selber kontrollieren“) als ein Ressortchef da, der seinen Laden nicht im

Griff hat. Nie zuvor ist ihm deutlicher vor Augen geführt worden, wie karriereschädlich das Minenfeld der Hardthöhe mitsamt dem Gestrüpp eines Bundeswehrapparats aus 340 000 Soldaten und 150 000 Zivilbediensteten sein kann.

Fast alle Vorgänger des Nordlichts Rühe wurden durch Skandale beschädigt. Der Bayer Franz Josef Strauß (CSU) zum Beispiel mußte nach der SPIEGEL-Affäre 1962 zwangsweise die Hardthöhe räumen. Und Manfred Wörner (CDU) sah sich wegen des Skandals um die ungerechtfertigte Entlassung des Generals Günter Kießling 1984 gezwungen, ein Rücktrittsgesuch zu schrei-

ben, das Kanzler Helmut Kohl aber gnädig dem Papierkorb übergab.

Für die Affäre Roeder trägt Rühe auch nach Auffassung des SPD-Wehrexperthen Walter Kolbow keine „persönliche Schuld“. Aber als Ressortchef trage er eben „die politische Verantwortung“ – für alles, was in den Streitkräften passiert.

Dem ambitionierten Wehrminister wird nun womöglich zum Verhängnis, daß er sich mit Vorliebe um die Außenpolitik gekümmert hat, um Out-of-area-Einsätze seiner Truppe, um kleine Eliteeinheiten.

Dabei redet Volker Rühe viel von „innerer Führung“ als einem Markenzeichen

März 1997 Mit Baseball-Schlägern und Messern überfallen neun betrunkene und teilweise uniformierte Bundeswehrsoldaten in der Detmolder Innenstadt ausländische Jugendliche.

Juli 1997 Sat1 zeigt ein Video, an dem ein Unteroffizier und sechs Soldaten des Jägerbataillons 571 aus dem sächsischen Schneeberg beteiligt sind, in dem Vergewaltigung, Kreuzigung, Hinrichtung und Folter von Zivilisten nachgestellt werden. Der Film soll im April 1996 in den Übungspausen bei der Ausbildung in Hammelburg gedreht worden sein.



Video mit Hinrichtungsszene

August 1997 Zwei Soldaten setzen in Dresden eine von italienischen Bauarbeitern bewohnte Unterkunft in Brand.



Brandstiftung in Dresden

Oktober 1997 Rund 80 Ritterkreuzträger der Wehrmacht und Waffen-SS werden in der Bundeswehrkaserne in Hammelburg empfangen. Das Verteidigungsministerium hatte eine offizielle Teilnahme der Bundeswehr an dem Treffen untersagt, bei Totenehrung und Kameradschaftsabend waren aber Bundeswehrangehörige zugegen.

November 1997 Die Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt gegen vier ehemalige Wehrpflichtige aus der Kaserne Bad Frankenhausen, die rechts-extremistische Lieder gespielt und Nazi-Parolen gerufen haben sollen.

November 1997 Fahnder des Militärischen Abschirmdienstes stellen in einer Berliner Kaserne rechtsradikale Schriften und Tonträger sicher.

November 1997 Es wird bekannt, daß auf einer Traditionsausstellung des Fliegerhorstes in Büchel/Eifel, Orden und Auszeichnungen aus dem Zweiten Weltkrieg – teilweise noch mit NS-Symbolen – gezeigt und Einsätze des Jagdgeschwaders 52 glorifiziert wurden.

Dezember 1997 Das Amtsgericht Verden verurteilt zwei Soldaten zu Geldstrafen, weil sie bei einer Feier in der Kaserne rassistische Lieder und Nazi-Parolen gegrölt haben.

„Einzelfälle werden für Kampagnen genutzt“

Verteidigungsminister Volker Rühle über die Affäre Roeder und seine politische Verantwortung

SPIEGEL: Herr Rühle, die Affäre Roeder beschädigt das Ansehen der Bundeswehr im In- und Ausland. Wer muß dafür die Verantwortung tragen?

Rühle: Meine Aufgabe ist es, für rückhaltlose Aufklärung zu sorgen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Darin liegt meine Verantwortung, und die nehme ich wahr.

SPIEGEL: Daneben gibt es auch noch die politische Verantwortung für solche Affären.

Rühle: Ob ein Minister die politische Verantwortung dafür übernehmen muß, läßt sich immer nur am Einzelfall klären. Ich kann nicht überwachen, wer zu einem Vortrag an die Führungsakademie in Hamburg eingeladen wird. Nicht einmal der Kommandeur war ja informiert, daß dieser Roeder referieren würde. Also besteht meine politische Aufgabe darin, den Fall aufzuklären und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

SPIEGEL: Wie weit sind Sie denn mit der Aufklärung?

Rühle: Langsam kommt heraus, daß der Oberst Schwarzer und die Führungsakademie nicht die einzigen sind, die von diesem Terroristen Roeder getäuscht worden sind. Getäuscht wurden wichtige Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, des Bundesverteidigungsministeriums, des Materialamtes des Heeres. Die neuesten Dokumente zeigen, daß das Finanzamt in Schwalmstadt, bekanntlich in Hessen gelegen, dem Roeder-Verein erst die Gemeinnützigkeit gewährte und dann schnell wieder entzog. Roeder bekam sogar ein Empfehlungsschreiben vom Verwaltungschef des Gebietes Kaliningrad, den er besucht hatte. Also, der Mann hat viele über seine wahre Identität getäuscht.

SPIEGEL: Dadurch wird der Fall in Hamburg nicht besser.

Rühle: Für mich ist wichtig, daß keiner der Soldaten, die mit Roeder zu tun hatten, Sympathien für ihn hegte. Und nicht unwichtig ist auch, daß noch ganz andere Leute über die wahren Absichten des Herrn Roeder getäuscht worden sind.

SPIEGEL: Aber es war doch viel einfacher: Roeder ist nach Hamburg eingeladen worden, um einen Vortrag zu halten.

Rühle: Das wird von mir ja auch hart kritisiert. Man hätte sich über seine Person und Biographie informieren müssen. Aber ich muß auch fair sein gegenüber den betroffenen Dienststellen. Dazu gehört die Erkenntnis, daß auch in Schwalmstadt – und

in Hessen ist Roeder nun wirklich bekannt – zunächst nicht mit der nötigen Sorgfalt gearbeitet worden ist. Dadurch hatte Roeder für 18 Monate eine Gemeinnützigkeitsbescheinigung, mit der er täuschen und betrügen konnte. Also, da muß man vorsichtig sein mit vorschnellen Urteilen.

SPIEGEL: Sie sind dafür kritisiert worden, daß Sie alle Vorkommnisse der letzten Monate sofort zu Einzelfällen erklärt haben. Anlaß zur Selbstkritik?

Rühle: Nein, denn ich habe mich lediglich dagegen verwahrt, daß die Bundeswehr



Christdemokrat Rühle
„Alte Verdächtigungen“

unter Generalverdacht gestellt wird. Auch wenn jetzt viele solcher Einzelfälle an die Oberfläche kommen, bleibe ich dabei, daß die Bundeswehr keinesfalls braun durchseucht ist. Diesen Eindruck versuchen manche herzustellen, und ich halte das für zutiefst ungerecht und auch empörend.

SPIEGEL: Die Zeiten, da jedes Gelöbnis nur unter massivem Polizeischutz stattfinden konnte, sind doch vorbei.

Rühle: Aber natürlich kommen alte Verdächtigungen auf, etwa als das Video mit der fingierten Vergewaltigung, gedreht von wenigen wehrpflichtigen Abiturienten in Hammelburg, auftauchte. Wann immer etwas passiert, fällt der Satz: Typisch für die Bundeswehr. Einzelfälle werden für Kampagnen genutzt. Ich werde auch dagegen angehen, wenn die Bundeswehr im Untersuchungsausschuß des Bundestages, den SPD und Grüne durchgesetzt haben, pauschal verdächtigt wird.

SPIEGEL: Sie behaupteten, daß viele Fälle jetzt publik würden, weil Sie intern starken Druck ausübten. Doch ein übler Sumpf?

Rühle: Man muß den Blick für den Umfang bewahren. Das ist nicht typisch für die Bundeswehr.

SPIEGEL: Was ist denn typisch?

Rühle: Der Einsatz an der Oder, der Einsatz in Bosnien, wie heute Offiziere mit polnischen Offizieren zusammenarbeiten, aber auch der tägliche Dienst in den Kasernen. Alles andere ist nicht charakteristisch für die Bundeswehr.

SPIEGEL: Für Sie ist die von Ihnen geprägte Bundeswehr die richtige Bundeswehr.

Rühle: Diese Bundeswehr hat ihre Geschichte, und natürlich habe ich sie in den letzten Jahren entscheidend mitgeprägt. Daß wie in jeder anderen ähnlich riesigen Organisation Mißstände auftreten, ist ärgerlich, zieht jedoch nicht die gesamte Institution in Zweifel.

SPIEGEL: Als vor gut zwei Jahren der Wehrbeauftragte Alfred Biehle abtrat, haben Sie gesagt: „Gemeinsam mit dem Wehrbeauftragten habe ich in den letzten Jahren alles getan, um rechtsextremistisches Gedankengut aus der Bundeswehr fernzuhalten. Dies ist gelungen.“ Eine ziemliche Übertreibung.

Rühle: Das ist eine Daueraufgabe. Sehen Sie mal, ich habe Kasernen umbenannt ...

SPIEGEL: ... nach jahrelangem Streit ...

Rühle: Warum aber gab es den Streit? Ich hätte die Umbenennung der nach dem Wehrmacht-General Eduard Dietl getauften Kaserne in Füssen von oben verfügen können, aber ich habe die Beteiligten gebeten, selber zu beraten und abzustimmen.

SPIEGEL: Mehrmals haben Sie es entschieden abgelehnt, eine sozialwissenschaftliche Studie über die Bundeswehr anfertigen zu lassen. Warum eigentlich?

Rühle: Ich habe nichts gegen Studien, ich habe allerdings etwas dagegen, daß sie auf Soldaten begrenzt werden. Seriös wäre allein eine Untersuchung über die gesamte junge Generation. Jährlich kommen 180 000 Wehrpflichtige zur Bundeswehr, sie werden durch die Schule und das Elternhaus geformt, durch die Gesellschaft, in der sie leben. Wer eine Studie nur über die Bundeswehr anfertigen will, vergißt diesen Zusammenhang und hat ein bestimmtes, ein diffamierendes Bild von der Bundeswehr.

SPIEGEL: Wollen in Zeiten ökonomischer Krise Leute zur Bundeswehr, die Ihnen

nicht gefallen – eine Art negativer Auswahl aus der Gesellschaft?

Rühe: Es gibt keine negative Auswahl. Also, unter den Zeit- und Berufssoldaten haben wir heute eine größere Auswahl. Pro Bewerberplatz können wir bei den Offizieren unter bis zu zwölf Leuten auswählen. Auch bei den Unteroffizieren haben wir gute Auswahlmöglichkeiten. Bis zu 50 Prozent des Nachwuchses kommen aus den Reihen der Wehrpflichtigen. Wir müssen keineswegs jeden nehmen, der zu uns will. Aber dabei können Sie sehen, was uns blühen würde, wenn wir eine Berufsarmee hätten. Die Holländer wollen jetzt sogar 16jährige rekrutieren, weil es ihnen an Nachwuchs fehlt. Die Engländer werben mit Freibier in der Kneipe.

SPIEGEL: Gerade die jungen Soldaten dringen darauf, daß nicht ehemalige Einheiten der Wehrmacht in den Kasernen fragwürdige Ausstellungen organisieren dürfen.

Rühe: Ich bin von einer Ausstellung in einem Fliegerhorst unterrichtet worden, die nicht den Ansprüchen der Bundeswehr entsprach. Darauf habe ich reagiert. Als Grundlage auch für die Einrichtung von Traditionsräumen dient der Traditionserlaß, den der damalige SPD-Verteidigungsminister Hans Apel formuliert hat. Daran halte ich fest, daran haben sich auch in Zukunft alle zu orientieren.

SPIEGEL: Wo ziehen Sie die Grenze?

Rühe: Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, tapfere Soldaten des Zweiten Weltkrieges zu ehren, wie Johannes Steinhoff, nicht nur, weil er später Inspekteur der Luftwaffe gewesen ist. Es gibt ja Sozialdemokraten, die Kasernen umbenennen möchten, die nach Erwin Rommel benannt sind. Das wäre wirklich Bilderstürmerei, für die auch international niemand Verständnis hätte. Rommel hat zum Beispiel in England hohes Ansehen.

SPIEGEL: Er hat auch flammende Reden auf Hitler gehalten.

Rühe: Ich weiß das, aber ich kenne auch Rommels Ende, zum Selbstmord gezwungen durch Hitler.

SPIEGEL: Im Traditionserlaß des Verteidigungsministers Apel werden die Verschwörer vom 20. Juli 1944 nicht als rühmenswerte Vorbilder für die Bundeswehr aufgeführt. Kein Anlaß zur Änderung?

Rühe: Nein, denn da gibt es eine vernünftige Weiterentwicklung in der Praxis. Ich habe zum Beispiel gemeinsam mit Helmut Schmidt am 5. Januar 1995, am 40. Todestag des Sozialdemokraten Julius Leber, der zum Kreisauer Kreis gehörte und hingerichtet wurde, eine Kaserne nach Leber benannt. In Berlin habe ich den Bendler-Block bezogen, wo Graf Stauffenberg hingerichtet wurde. Das sind unmißverständliche Zeichen.



T. BARTH / ZEITENSPIEGEL

Bundeswehrmanöver*: Vorliebe für Eliteeinheiten

der Bundeswehr. Er selber praktiziert sie eher selten. Für sein robustes Führen mit Einschüchterungstaktik kursiert auf der Hardthöhe der schöne Begriff „management by terror“.

In vertrauter Manier begann so am vergangenen Montag Rühes Vorwärts-Verteidigung: Nach Bekanntwerden der Roeder-Affäre versprach er „rücksichtslose Aufklärung“ und „personelle Konsequenzen“.

Doch Rühe spielte die Affäre um den Roeder-Vortrag und die Lieferung von Bundeswehrmaterial erst einmal herunter. Sofort versuchte er, andere in Mithaftung zu nehmen – an der Spitze Kinkels Außenamt. Seine eigene Verantwortung beschränkt er darauf, für die Zukunft „Konsequenzen zu ziehen“ (siehe Interview Seite 24).

Der Rechtsextremist Roeder hatte am 24. Januar 1995 auf Einladung des Chefs des Akademiestabs, Oberst Norbert Schwarzer, bei einer Offizierweiterbildung über seine Projekte in „Nord-Ostpreußen“ vorgetragen. Den Referenten empfohlen hatte – so die Hardthöhen-Version – der Staboffizier Bernd Pahl, ein Oberstleutnant. Pahl berief sich vergangene Woche wiederum auf die Fürsprache des betuchten Hamburgers Rolf Vissing.

Den hatte der Staboffizier schon im März 1994 bei einem anderen Treffen an der Führungsakademie kennengelernt, das womöglich ebenfalls skandalöse Züge trägt: Ehemalige Wehrmattsangehörige, vielleicht auch Leute der Waffen-SS, hatten dort tagen dürfen, um, so hieß es, Spenden zu sammeln für die Kriegsgräber der Gefallenen aus der Kesselschlacht von Demjansk im Jahre 1943. Rühe war vorab informiert, gab sich aber mit der Auskunft der Akademie-Führung zufrieden, bei dem

Traditionalisten-Treff würden keine Verbände der Waffen-SS vertreten sein.

Angeblich wußte Anfang 1995, trotz einschlägiger Berichte des Verfassungsschutzes, an der Akademie keiner der Beteiligten, wes Geistes Kind Roeder ist.

Erst nach einer Reportage im SPIEGEL (17/1995) und TV-Berichten über Roeders ostpreußische Umtriebe im April machten Untergebene den Oberst Schwarzer aufmerksam. Der aber verzichtete – wie seine übrigen Stabsangehörigen – auf eine vorsorgliche Warnmeldung nach oben.

Er sei zwar „erschrocken“ gewesen, auf „Roeder hereingefallen“ zu sein, gab Schwarzer in der vergangenen Woche zu Protokoll. Aber nach „einsamen Überlegungen“ habe er beschlossen zu schweigen. Er wollte dem damaligen Akademie-Kommandeur Hartmut Olboeter „keine zusätzlichen Beunruhigungen zumuten“.

Schwarzer habe damit ein „schweres Dienstvergehen“ begangen, urteilte Rühe vergangenen Montag, noch ehe der Wehrdisziplinaranwalt Alexander Poretschkin den seit November in Albanien als Militärberater eingesetzten und eilig zurückbeorderten Oberst auch nur angehört hatte.

Generalleutnant Olboeter, seit Februar 1996 Personalchef der Hardthöhe, bat Rühe „bis zum Abschluß der Untersuchungen“ und der Klärung der „Frage der Dienstaufsicht“ um Suspendierung vom Dienst. Der gelernte Jurist blockierte dem Minister auf diese Weise die Möglichkeit, ihn sofort ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand zu schicken.

Aber, so suchte Rühe zu beschwichtigen, der Akademie-Stab sei ja ohnehin nur eine Art „Hausmeister“ der Ausbildungsstätte. Die wirklich „wichtigen Leute“, die Teilnehmer der Führungslehrgänge aus aller Herren Länder, seien gar nicht involviert gewesen. Schwarzers Personal, gifte-

* Kommando Spezialkräfte beim Üben einer Geiselnbefreiung.

te Ruhe, hätte „lieber diskutieren sollen, wie man den Rasen besser mäht“.

Ruhe („Schwarzer hätte sich die Biographie Roeders besorgen müssen“) rüffelte einen „Mangel an Sorgfalt und Verantwortungsgefühl“. Schon das Thema des Roeder-Vortrags („Die Übersiedlung der Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg“) sei ein „Unding“ gewesen. Denn es stehe im „diametralen Widerspruch“ zur Politik der Bundesregierung.

Da hat der Wehrminister allerdings Nebelkerzen gezündet: Aus Rücksicht auf Moskau lehnt es Bonn lediglich ab, eine „gezielte“ Ansiedlung zu fördern. Tatsächlich hat Helmut Kohls Sonderbeauftragter Horst Waffenschmidt (CDU) die Möglichkeit der Rußlanddeutschen, aus Kasachstan in die russische Exklave Kaliningrad umzusiedeln, ausdrücklich begrüßt und mit gut 25 Millionen Mark Fördergeldern für die Region vorbereitet.

Ruhe selbst mußte am Montag eingestehen, daß sein eigenes Ministerium dem im Verfassungsschutzbericht erwähnten „Gemeinschaftswerk“ Roeders 1994 zwei ausgemusterte VW-Geländewagen und einen Kleinlastwagen samt Kisten voller Werkzeug überlassen hatte. Und daß Roeder sie im Januar 1995 dank der Fürsprache eines „Freundes“ (Roeder) auf dem Gelände der Führungsakademie vorübergehend hatte abstellen dürfen.

Der Antrag sei aber 1994 nicht von Roeder, sondern vom Vereinsvorsitzenden Konrad Schneider unterzeichnet worden, redete Ruhe sich heraus – und machte für

die Panne erst einmal Kinkels Auswärtiges Amt haftbar: Weil das ein „dringendes Bundesinteresse“ an der humanitären Hilfe bescheinigt habe, sei dem Antrag entsprochen worden.

Tatsächlich waren gegen die Hilfe für Roeder nur einmal Bedenken laut geworden: Ein skeptischer Kinkel-Diplomat in Moskau hatte nach einer Bitte des Roeder-Vereins um Hilfe bei der Einfuhr der Fahrzeuge nach Rußland im März 1995 in Bonn nachgefragt, welche Erkenntnisse über das „Gemeinschaftswerk“ vorlägen. „Das zuständige Referat“, berichtete AA-Staatssekretär Peter Hartmann zerknirscht im Verteidigungsausschuß, „hat daraufhin bestätigt, daß seinerzeit das Bundesinteresse bejaht wurde, die Angelegenheit aber nicht weiter verfolgt.“

Weder auf der Hardthöhe noch im Außenamt hatte jemand Notiz von den Warnungen des Verfassungsschutzes genommen. Kinkel verpaßte den Beteiligten eine „Rüge“. Nun kam Ruhe noch tiefer in Erklärungsnot, als sich am Mittwoch herausstellte, daß das Materialamt des Heeres in Bad Neuenahr schon 1993 einen Bettelbrief mit Roeders Unterschrift besaß und ein unbedarfter Oberstabsfeldwebel dem Neonazi sogar noch schriftlich Formulierungstips für den Antrag an das Ministerium gegeben hatte.

Doch Ruhe gab sich weiter gelassen. Am Donnerstag hatte er eine neue Ausflucht gefunden: Das Materialamt sei auf den „Täuscher Roeder“ (Ruhe) hereingefallen, weil der eine Bescheinigung über die Gemeinnützigkeit seines Vereins vom Finanzamt in Schwalmstadt beigelegt hatte:

Das liegt in Hessen. Hessen aber hat, freut sich Ruhe, „bekanntlich eine rot-grüne Landesregierung“.

Daß das Finanzamt diesen Bescheid 1993 bereits nach wenigen Wochen widerrufen hatte, war von Roeder zwar damals verschwiegen worden. Aber auch Ankläger Ruhe schob diese Information erst nach, als aus Hessen lauter Protest kam.

Bei dem – mißlungenen – Anlauf, den Untersuchungsausschuß in letzter Stunde abzuwenden, gab Ruhe sogar seinen so hartnäckigen Widerstand gegen die immer wieder geforderte sozialwissenschaftliche Studie zur politischen Orientierung in der Truppe auf: Eine unabhängige Kommission – allerdings von ihm selbst berufen – solle die Bundeswehr durchleuchten.

Einen Fingerzeig könnte dem Minister ein Artikel im Hardthöhen-Organ „Soldat und Technik“ aus dem vorigen Jahr geben. Der Kapitän zur See Dieter Stockfisch, immerhin Referatsleiter im Führungsstab der Marine, belegt darin mit Blick auf Hitlers Wehrmacht ein denkwürdiges Verständnis militärischer Traditionspflege: „Die Soldaten des Zweiten Weltkrieges verdienen es nicht, von einer Generation geschmäht zu werden, die all das nicht mitgemacht hat und der es erspart geblieben ist.“ Und Stockfisch weiter: Der „Zeitgeist“ habe sich einem „selbstgerechten Pazifismus verschrieben“, um „die Gestalt des Soldaten in unserem Land zu diffamieren“.

Solche Sprüche und das von Ruhes erstem Generalinspekteur Klaus Naumann mit angezettelte Gerede vom Anspruch der Deutschen, künftig bei internationalen Einsätzen als Führungsnation anzutreten, passen fatal zum laxen Umgang mit den jungen Ewiggestrigen. Immerhin gibt Ruhe jetzt zu, daß in den Kasernen ein „gewisser Wildwuchs“ herrsche – mit „Traditionsräumen“ voller Wehrmachts-Reliquien und unkommentierten Darstellungen des Zweiten Weltkriegs.

Das Traditionsverständnis gehört zu den Dingen, die der Untersuchungsausschuß im Licht der Roeder-Affäre aufarbeiten könnte. Den Sozialdemokraten kommt die Untersuchung höchst gelegen: So läßt sich im anbrechenden Wahlkampf der derzeit stärkste Minister des maroden Kohl-Kabinetts vorführen, der selbsternannte Hoffnungsträger Volker Ruhe.

Zur Sprache kommen dürfte im Ausschuß auch eine seltsame KGB-Verbindung Roeders. Der Rechtsradikale war nach der Wiedervereinigung in mehreren Telefonaten von einem russischen Agenten über das Siedlungsprojekt in Ostpreußen ausgehört worden. Roeder will von der Geheimdiensttätigkeit des Russen freilich nichts gewußt haben.

Daß auch das KGB die Projekte der rechten Aktivisten in der Region Kaliningrad aufmerksam beobachtete, bestreitet Roeder nicht: „Die haben das mit Wohlwollen begleitet.“



D. HENTSCHEL

Rechtsradikaler Roeder, Sympathisanten (1977): *Tips von der Bundeswehr*